

## Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 24. Juli 2025

Sophia Schiebe

### **Gewalt macht keine Pause - also darf auch Hilfe keine Pause machen!**

TOP 42: Erfolgreiche Arbeit der Frauenfacheinrichtungen unterstützen (Drs. 20/3450)

„Jeden Tag suchen Frauen in Schleswig-Holstein Schutz vor Gewalt. Oft gemeinsam mit ihren Kindern. Nicht irgendwann. Nicht irgendwo. Sondern in dem Moment, in dem es nicht mehr anders geht. Weil es zu Hause nicht mehr sicher ist. Weil das Leben in Gefahr ist. Weil ein Ausweg dringend gebraucht wird.

In solchen Momenten entscheidet sich, ob unser Hilfesystem funktioniert.

Ob eine Frau in der Nacht anrufen kann und jemanden erreicht.

Ob sie aufgenommen werden kann oder weitervermittelt wird.

Ob sie Schutz findet oder erneut allein bleibt.

Deshalb ist es gut und richtig, dass wir heute über eine rund um die Uhr erreichbare Koordination sprechen. Über einen Zugang zu Hilfe, der nicht an Öffnungszeiten scheitert, sondern sich an den realen Gefährdungslagen orientiert. Denn: Gewalt macht keine Pause. Also darf auch Hilfe keine Pause machen!

Aber, und das ist genauso wichtig: Wir müssen diese gute Idee mit der Realität verbinden, in der sie wirken soll. Und diese Realität ist: Die Frauenhäuser in Schleswig-Holstein sind vielerorts voll. Die Plätze reichen nicht. Die Wege sind lang. Und oft fehlt es schlicht an Zeit, Personal und Räumen, um jede Frau sofort und sicher unterzubringen.

Ein Anruf allein schützt daher niemanden. Eine Koordinierung kann nur so gut sein wie das System, das dahintersteht. Und darum sagen wir auch: Wir brauchen eine Lösung für echte Notfallplätze. Und zwar nicht nur auf dem Papier – sondern dort, wo die Frauen leben.

Notfallplätze bedeuten: Plätze, die kurzfristig verfügbar sind. Plätze, die im ganzen Land verteilt sind. Plätze, die erreichbar sind – auch nachts, auch ohne eigenes Auto, auch mit Kindern an der Hand. Und dafür braucht es gezielte Planung, klare Verantwortlichkeiten und eine Finanzierung, die mehr ist als ein Versprechen.

Wenn wir über 24/7-Koordinierung sprechen, dann müssen wir auch über ein funktionierendes Platzmanagement sprechen. Wer vermitteln will, muss wissen, wo Platz ist – und das

tagesaktuell. Diese Daten müssen gepflegt, abgestimmt, abrufbar sein – nicht irgendwann, sondern in dem Moment, auf den es ankommt.

Und es geht nicht nur um Kapazitäten. Es geht um Menschen. Um Frauen in extremen Lebenslagen. Um Kinder, die mitkommen. Um besondere Bedarfe; gesundheitlich, sprachlich, psychisch. Deshalb gilt: Nicht jeder Platz passt zu jeder Frau. Und nicht jede Vermittlung funktioniert automatisiert. Das muss fachlich eingeordnet werden: vor Ort, mit Augenmaß und Verantwortung.

Diese Entscheidungshoheit der Frauenhäuser muss bleiben. Sie ist kein Hindernis. Sie ist ein Schutzfaktor.

Und dann, wenn der Notfall vorbei ist, wenn die erste Nacht geschafft ist. Dann stellt sich die nächste große Frage: Wie geht es weiter?

Denn: Das Frauenhaus ist kein Ziel. Es ist ein sicherer Ort für den Übergang. Und wenn dieser Übergang gelingen soll, braucht es bezahlbaren Wohnraum. Daran fehlt es. Seit Jahren. Frauen, die längst bereit sind, können nicht ausziehen. Und so bleiben Plätze blockiert, unfreiwillig. Für die Nächsten wird es eng. Und der Kreislauf beginnt von vorn.

Darum sagen wir deutlich: Eine 24/7-Rufbereitschaft kann unterstützen. Sie kann helfen. Aber sie ersetzt keine Frauenhausplätze. Und sie ersetzt keinen Wohnungsbau.

Wenn wir Schutz wirklich möglich machen wollen, dann müssen wir an drei Stellen gleichzeitig handeln:

- Mehr Schutzplätze, insbesondere Notfall- und Hochrisikoplätze, gut verteilt im ganzen Land.
- Ein verlässliches Platzmanagement, digital, aktuell, erreichbar – rund um die Uhr.
- Und: Wohnraum, der Übergänge ermöglicht und Frauen den Weg in ein selbstständiges Leben öffnet.

Das alles braucht Planung, Ressourcen, Personal. Für die Koordinierung allein, wenn sie dauerhaft, verlässlich und professionell aufgestellt sein soll, brauchen wir nach ersten Einschätzungen mindestens 4,5 Vollzeitstellen. Das zeigt: Das ist kein Selbstläufer. Es ist eine politische Entscheidung. Und es ist eine Investition in Sicherheit, Verlässlichkeit und Struktur.

Deshalb wäre es unser Ansicht nach richtig, wenn wir diesen Antrag in den Sozialausschuss überweisen. Dort können wir mit Frauenfachberatungsstellen und den Frauenhäusern beraten, wie diese Idee funktionieren kann. Wie sie eingebettet werden muss. Und was es braucht, damit am Ende keine neue Lücke entsteht, sondern endlich eine Lücke geschlossen wird.

Wir als SPD-Fraktion sagen: Ja zu verlässlicher Erreichbarkeit. Ja zu Schutz in der Krise. Aber nur, wenn das System dahinter trägt. Und genau darauf werden wir achten."